

Sitzungsniederschrift

11. Sitzung des Kreistages

Sitzungsort: Stadhalle Aurich, Bürgermeister-Anklam-Platz, 26603 Aurich		
Sitzungsdatum: 28.06.2023	Sitzungsbeginn: 15:00 Uhr	Sitzungsende: 19:12 Uhr

Mitglieder / Anwesende	Fraktion / Gruppe	Funktion Anmerkung
Vorsitz		
Behrends, Kuno	SPD	
Mitglieder		
Albers, Angelika	GRÜNE	Fraktionsvorsitzende GRÜNE
Albrecht, Hinrich	SPD	anwesend bis einschließlich TOP 11
Altmann, Gila	GRÜNE	
Bargmann, Bodo	CDU/FDP	
Bathmann, Harald	SPD	anwesend bis einschließlich TOP 12
de Buhr, Jürgen	SPD	
Behrens, Sven	CDU/FDP	Fraktionsvorsitzender CDU/Gruppenvorsitzender CDU/FDP
Bents, Kay	GRÜNE	anwesend bis einschließlich TOP 10
Biller, Anita	SPD	
Buschmann, Saskia	CDU/FDP	
Buss, Sarah	CDU/FDP	Fraktionsvorsitzende FDP
de Vries, Kevin	SPD	
Emkes, Helmut	CDU/FDP	anwesend bis einschließlich TOP 12
Fohrden, Siebelt	CDU/FDP	anwesend bis einschließlich TOP 27
Forster, Hans	SPD	
Gerdes, Hilko	CDU/FDP	Stv. Landrat anwesend bis einschließlich TOP 9
Gerpen, Dorothea van	SPD	anwesend bis einschließlich TOP 10
Gossel, Arnold	CDU/FDP	
Harm-Rehrmann, Angela	SPD	

Harms, Antje	SPD	Stv. Landrätin anwesend bis einschließlich TOP 12
Harms, Erich	SPD	anwesend bis einschließlich TOP 5
Harms, Uwe	CDU/FDP	anwesend bis einschließlich TOP 11
Ihmels, Beate	SPD	anwesend bis einschließlich TOP 10
Jacobsen, Alfred	SPD	anwesend bis einschließlich TOP 11
Jelken, Friedhelm	CDU/FDP	
Kleen, Johannes	SPD	Fraktionsvorsitzender SPD
Kleinert, Ingeborg	SPD	
Krüger, Detlev	FW im LK Aurich	
Krüsmann, Enno	SPD	anwesend bis einschließlich TOP 12
Meinen, Olaf		Landrat
Meyerholz, Hans-Gerd	FW im LK Aurich	
Odens, Roelf	CDU/FDP	anwesend bis einschließlich TOP 10
Ott, Gunnar	GRÜNE	Fraktionsvorsitzender GRÜNE
Reinders, Hermann	CDU/FDP	anwesend bis einschließlich TOP 12
Reinken, Wilhelm	FW im LK Aurich	
Saathoff, Georg	SPD	anwesend bis einschließlich TOP 12
Saathoff, Johann	SPD	anwesend bis einschließlich TOP 11
Schiffmann, Fabian	SPD	anwesend bis einschließlich TOP 28
Seeberg, Timo	SPD	
Seelgen, Blanka	DIE LINKE.	
Siebels, Wiard	SPD	anwesend bis einschließlich TOP 18
Stange, Axel	SPD	
Stegemann, Regina	GRÜNE	
Stöhr, Uwe	SPD	
Tammen, Harald	CDU/FDP	
Tjaden, Hinrich	CDU/FDP	
Trauernicht, Hinrich	SPD	
Trauernicht, Matthias	FW im LK Aurich	
Ubben, Heinrich	FW im LK Aurich	anwesend bis einschließlich TOP 12
Weiss, Edgar	FW im LK Aurich	
Wienbecker, Johann	FW im LK Aurich	
Wimberg, Theo	SPD	

Wittmer-Kruse, Olaf

GRÜNE

Verwaltung

Ahten, Eiko

Baudezernent

Balster, Dirk

Geschäftsführer Trägergesellschaft
Kliniken Aurich-Emden-Norden mbH

Bontjer-Klöker, Christel

Amtsleitung Innerer Dienst

Flohr, Dagmar

Kreisrätin

Hanekamp, Nicole

Kämmerin

Jelden, Frauke

Gleichstellungsbeauftragte

Müller-Gummels, Rainer

Büro des Landrats

Neumayer, Nikolai

Büro des Landrats

Puchert, Dr. Frank

Erster Kreisrat

Schäfer, Marcel

Amtsleitung Ordnungsamt;
Geschäftsführer Rettungsdienst

Schoone, Vera

Smolinski, Sebastian

Kreisrat

Wessels, Laura

Protokollführerin

Nicht anwesend:

Mitglieder

Ennen, Jann

CDU/FDP

Looden, Jan

AfD

Fraktionsvorsitzender AfD

Schoone, Friede

SPD

Tyedmers, Johannes

AfD

Ubben, Hilde

FW im LK Aurich

Fraktionsvorsitzende FW im LK Au-
rich

Weilage, Udo

CDU/FDP

TagesordnungÖffentlicher Teil:

1. Eröffnung der öffentlichen Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung
4. Genehmigung der Niederschrift - öffentlicher Teil - vom 23.03.2023
5. Feststellung des Sitzverlustes des Abg. Erich Harms, SPD
Vorlage: X/2023/047

6.	Verpflichtung und Belehrung des Kreistagsabgeordneten Jürgen de Buhr, SPD, gem. § 60 und § 43 i. V. m. § 54 Abs. 3 NKomVG Vorlage: X/2023/048
7.	Umsetzung von verschiedenen Ausschüssen und kreiseigenen Gremien Vorlage: X/2023/049
8.	Umsetzung von sonstigen Gremien Vorlage: X/2023/053
9.	Einwohnerfragestunde zum Thema Umwandlung UEK-Standort Norden
10.	Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 13.06.2023; Erhaltung des UEK-Standortes Norden, wie im Konsortialvertrag festgelegt Vorlage: X-AF/2023/024
11.	Einwohnerfragestunde zum Thema Apell Erforschung des Post-Vac-Syndroms
12.	Appell an die Bundesregierung und an das Land Niedersachsen Vorlage: X/2023/076
13.	Einwohnerfragestunde zum Thema Wolf
14.	Gemeinsame Resolution zum Thema Wolf
14.1.	Resolution der Fraktion Sozialdemokratische Partei Deutschlands vom 14.04.2023; Resolution Wolf Vorlage: X-AF/2023/021
14.2.	Antrag der Fraktion FW im Landkreis Aurich vom 13.04.2023; Welche Wolfsstrategie verfolgt der Landkreis Aurich? Vorlage: X-AF/2023/020
15.	Honorarrichtlinien der KVHS Aurich-Norden Vorlage: X/2023/062
16.	Jahresabschluss 2021 des Eigenbetriebes Kreisvolkshochschulen Aurich-Norden Vorlage: X/2023/061
17.	Ergänzung des Nahverkehrsplanes 2020 Vorlage: X/2023/072
18.	Übertragung der Aufgaben nach dem Hinweisgeberschutzgesetz auf das Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Aurich Vorlage: X/2023/078
19.	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 06.03.2023; Antrag zur thematischen Erweiterung des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und ÖPNV um das Thema Katastrophenschutz Vorlage: X-AF/2023/009
20.	Antrag der Fraktion Freie Wählergemeinschaft vom 15.03.2023; Solidarität mit unseren Krabbenfischern - Gemeinsame Resolution Vorlage: X-AF/2023/016
21.	Antrag der Fraktion Freie Wählergemeinschaft Landkreis Aurich vom 21.03.2023; Dokumentenkamera zur Visualisierung - Steigerung der Teilhabe benachteiligter Menschen Vorlage: X-AF/2023/017
22.	Antrag der CDU/FDP-Kreistagsgruppe vom 25.05.2023; Linienbündel Ihlow ab 2024 eigenwirtschaftlich nutzen Vorlage: X-AF/2023/022
23.	Bekanntgabe von Eilentscheidungen im Kreistag am 28.06.2023

	Vorlage: X-Eil/2023/005
24.	Bericht des Landrates
25.	Verschiedenes, Wünsche und Anregungen
26.	Einwohnerfragestunde
27.	Schließung der öffentlichen Sitzung

Öffentlicher Teil:

TOP 1 **Eröffnung der öffentlichen Sitzung**

Vorsitzender Behrends eröffnete um 15:00 Uhr die öffentliche Sitzung.

TOP 2 **Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit werden festgestellt.

TOP 3 **Feststellung der Tagesordnung**

Landrat Meinen erläuterte, dass drei sehr öffentlichkeitswirksame Themen auf der heutigen Tagesordnung zu finden seien. Neben der geplanten Umwandlung des Standortes der Ubbo-Emmius-Klinik in Norden würden auch die Themen Erforschung des Post-Vac-Syndroms sowie der Umgang mit dem Wolf zum Zuge kommen. Er schlug vor, die Tagesordnung dahingehend anzupassen, dass vor jedem der drei Themen eine eigens dafür vorgesehene Einwohnerfragestunde stattfinden und die Einwohnerfragestunde zum Ende der Sitzung für weitere allgemeine Themen offenstehen solle.

Vorsitzender Behrends ergänzte, dass gemäß § 18 Abs. 1 der Geschäftsordnung für den Kreistag die Einwohnerfragestunde jeweils 30 Minuten nicht überschreiten soll.

Abg. Ott beantragte, dass der Tagesordnungspunkt *Antrag der CDU/FDP-Kreistagsgruppe vom 25.05.2023; Linienbündel Ihlow ab 2024 eigenwirtschaftlich nutzen* in der nächsten Sitzung des Kreistages behandelt werde, da zunächst die gegründete Arbeitsgruppe Ergebnisse erarbeiten und präsentieren solle.

Abg. Heinrich Ubben erläuterte den *Antrag der Fraktion Freie Wählergemeinschaft Landkreis Aurich vom 21.03.2023; Dokumentenkamera zur Visualisierung - Steigerung der Teilhabe benachteiligter Menschen* und beantragte, dass dieser nach dem Tagesordnungspunkt 3 behandelt werden solle.

Abg. Buss erklärte, dass es nicht möglich sei, den *Antrag der CDU/FDP-Kreistagsgruppe vom 25.05.2023; Linienbündel Ihlow ab 2024 eigenwirtschaftlich nutzen* zeitlich zu verschieben, da eine Stellungnahme erforderlich sei, die an eine Frist gebunden sei, deren Einhaltung dann nicht möglich wäre.

Dies bestätigte **Kreisrat Smolinski** und verdeutlichte, dass eine Entscheidung der Landesnahverkehrsgesellschaft Niedersachsen (NLVG) im August 2023 erfolgen müsse. Diese sei von Seiten der Kreisverwaltung zeitlich nicht beeinflussbar.

Abg. Ott hielt seinen Änderungsantrag zur Tagesordnung dennoch aufrecht.

Sodann fasste der Kreistag folgenden Beschluss zum Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen:

Der Antrag der CDU/FDP-Kreistagsgruppe vom 25.05.2023; Linienbündel Ihlow ab 2024 eigenwirtschaftlich nutzen wird auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Kreistages verschoben.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 7 Nein-Stimmen: 45 Enthaltungen: 1
➔ **mehrheitlich abgelehnt**

Abg. Weiss beantragte, die Tagesordnungspunkte *Resolution der Fraktion Sozialdemokratische Partei Deutschland vom 14.04.2023; Resolution Wolf* sowie den *Antrag der Fraktion FW im Landkreis Aurich vom 13.04.2023; Welche Wolfsstrategie verfolgt der Landkreis Aurich?* zusammenzulegen und eine gemeinsame Resolution des Kreistages des Landkreises Aurich zu verabschieden.

Sodann fasste der Kreistag folgenden Beschluss zum Änderungsantrag von Abg. Weiss:

Die Tagesordnungspunkte *Resolution der Fraktion Sozialdemokratische Partei Deutschland vom 14.04.2023; Resolution Wolf* sowie der *Antrag der Fraktion FW im Landkreis Aurich vom 13.04.2023; Welche Wolfsstrategie verfolgt der Landkreis Aurich?* werden zusammengefasst zu einem Tagesordnungspunkt *Gemeinsame Resolution zum Thema Wolf*.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 53 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
➔ **einstimmig beschlossen**

Landrat Meinen bot an, eine Dokumentenkamera zum *Antrag der Fraktion Freie Wählergemeinschaft Landkreis Aurich vom 21.03.2023; Dokumentenkamera zur Visualisierung - Steigerung der Teilhabe benachteiligter Menschen* während der heutigen Sitzung mitlaufen zu lassen, um das Gerät vorzustellen. Es herrschte Einigkeit über dieses Vorgehen.

Sodann fasste der Kreistag folgenden Beschluss zum Änderungsantrag von Abg. Heinrich Ubben:

Der Antrag der Fraktion Freie Wählergemeinschaft Landkreis Aurich vom 21.03.2023; Dokumentenkamera zur Visualisierung - Steigerung der Teilhabe benachteiligter Menschen wird als Tagesordnungspunkt 4 behandelt.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 9 Nein-Stimmen: 42 Enthaltungen: 2
➔ **mehrheitlich abgelehnt**

Sodann fasste der Kreistag folgenden Beschluss zum Änderungsvorschlag der Verwaltung:

Die Tagesordnung wird, wie von Landrat Meinen vorgestellt, in geänderter Form festgestellt.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 48 Nein-Stimmen: 1 Enthaltungen: 4
➔ **mehrheitlich beschlossen**

TOP 4 Genehmigung der Niederschrift - öffentlicher Teil - vom 23.03.2023

Abg. Meyerholz erklärte, dass die Stellungnahme der Fraktion Freie Wählergemeinschaft im Landkreis Aurich zum Haushaltsplan des Landkreises Aurich in der Niederschrift nicht ausführlich genug dargestellt worden wäre.

(Hinweis: Die durch die Fraktion zur Verfügung gestellte Stellungnahme wurde im Kreistagsinformationssystem SessionNet bei der Sitzung des Kreistages am 23.03.2023 nunmehr hinterlegt.)

Auf Nachfrage von **Abg. Meyerholz** erläuterte **Landrat Meinen**, dass die Klausurtagung in Großefehn am 05.05.2023 zur Umwandlung des Norder Standortes der Ubbo-Emmius-Klinik keine offizielle Sitzung des Kreistages dargestellt hätte und deswegen auch keine Niederschrift gefertigt worden sei.

Sodann fasste der Kreistag folgenden Beschluss:

Die Niederschrift – öffentlicher Teil – vom 23.03.2023 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 50 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 3
➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 5 Feststellung des Sitzverlustes des Abg. Erich Harms, SPD
Vorlage: X/2023/047

Landrat Meinen stellte den Werdegang des ehemaligen Kreistagsabgeordneten Erich Harms dar und bedankte sich für seine langjährige Tätigkeit. Anschließend überreichte er ihm und seiner Frau einen Blumenstrauß.

Beschluss:

Der Kreistag stellt den Sitzverlust des Abg. Erich Harms, SPD, fest.

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 53 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
 ➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 6 **Verpflichtung und Belehrung des Kreistagsabgeordneten Jürgen de Buhr, SPD, gem. § 60 und § 43 i. V. m. § 54 Abs. 3 NKomVG**
Vorlage: X/2023/048

Landrat Meinen hieß Abg. de Buhr als Nachrücker für Herrn Harms herzlich Willkommen. Daraufhin erklärte **Landrat Meinen**, dass eine förmliche Verpflichtung und Belehrung erforderlich sei. Dabei machte er den Abg. de Buhr besonders auf die Amtsverschwiegenheit, das Mitwirkungsverbot und das Vertretungsverbot unter Nennung der einschlägigen Rechtsgrundlagen aus dem Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetz aufmerksam. **Abg. de Buhr** unterschrieb daraufhin die erforderlichen Schriftstücke.

Vorsitzender Behrends begrüßte den Abg. de Buhr ebenfalls.

TOP 7 **Umbesetzung von verschiedenen Ausschüssen und kreiseigenen Gremien**
Vorlage: X/2023/049

Beschluss:

Herr Jürgen de Buhr wird Mitglied in folgenden Ausschüssen und kreiseigenen Gremien:

- Ausschuss für Schulen, Sport und Kultur
- Betriebsausschuss Abfallwirtschaft
- Gesellschafterversammlung MKW GmbH & Co. KG
- Gesellschafterversammlung MKW Materialkreislauf- und Kompostwirtschaft Verwaltungs-GmbH
- Gesellschafterversammlung der Inselentsorgungsgesellschaft mbH (IEG)
- Betriebsausschuss KVHS Aurich/Norden
- Gesellschafterversammlung KVHS Aurich gGmbH
- Gesellschafterversammlung KVHS Norden gGmbH

Herr Jürgen de Buhr wird stellvertretendes Mitglied in folgenden Ausschüssen:

- Ausschuss für Personal, Organisation und Gleichstellung
- Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und ÖPNV
- Ausschuss für Raumordnung, Umwelt und Klimaschutz
- Betriebsausschuss Breitbandnetz Landkreis Aurich

Im Kreisausschuss wird Herr Kevin de Vries stellvertretendes Mitglied.



Im Jugendhilfeausschuss wird Frau Joanna Mizia als Jugendschutzbeauftragte der Polizeiinspektion Aurich/Wittmund stellvertretendes Mitglied.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 53 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 8 Umbesetzung von sonstigen Gremien
Vorlage: X/2023/053

Beschluss:

Herr Jürgen de Buhr wird Mitglied in folgendem Gremium:

- **Verbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes Aurich-Norden**

Herr Jürgen de Buhr wird stellvertretendes Mitglied in folgendem Gremium:

- **Verbandsversammlung des Ems-Weser-Elbe Versorgungs- und Entsorgungverbandes (EWE)**

Beim Aufsichtsrat der Ostfriesland Tourismus GmbH (Leer) wird Herr Jelto Müller Mitglied. Herr Holger Orlik bleibt stellvertretendes Mitglied.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 53 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 9 Einwohnerfragestunde zum Thema Umwandlung UEK-Standort Norden

Ein **Einwohner aus Hage** berichtete, dass nicht nur der Förderverein der UEK am Standort Norden e.V. bereits seit Jahren vor den Engpässen und Problemen in der Notfallversorgung in der Ubbo-Emmius-Klinik in Norden gewarnt hätte. Die fachärztliche Versorgung sei immer schlechter geworden. Er erfragte, wo die Patienten/Patientinnen aus Norden zukünftig versorgt werden sollen. Bislang würde es keine klare Konzeption für den Standort in Norden geben, die Umwandlung sei jedoch bereits im Gange. Er befürchte, dass Versorgungslücken nicht geschlossen werden könnten. Zudem erfragte er weiter, ob bekannt sei, dass durch die Verschärfung der Versorgungslage Probleme entstehen würden, die dazu führen würden, dass Personen nicht versorgt werden könnten.

Geschäftsführer Balster erklärte, dass die Fragen im Kontext mit einer großen Krise der Versorgung in Deutschland zu sehen seien. Aufgrund des Fachkräftemangels könne die jetzige Krankenhausstruktur nicht aufrechterhalten werden. Die betroffenen Patienten/Patientinnen aus Norden würden in enger Absprache mit dem Rettungsdienst auf die umliegenden Kliniken wie beispielsweise in Aurich verteilt werden. Das Krankenhaus in Aurich würde hierfür aufgerüstet werden.

Ein **Einwohner aus Norden** kritisierte, dass das Personal aus der Norder Klinik seit Jahren abgezogen und in der Klinik in Aurich eingesetzt werden würde. Zudem erfragte er hinsichtlich des vorliegenden Defizits in Millionenhöhe, ob die möglichen Anträge für Zuschüsse durch die Landes- oder Bundesebene gestellt worden seien und welche Zuschusshöhe hierdurch erreicht werden konnte. Zudem fragte er an, warum ein Transformationsbeauftragter, statt eines Experten zum Erhalt der Klinik eingestellt wurde.

Diesbezüglich legte **Geschäftsführer Balster** dar, dass Sicherstellungszuschläge für die Bestandskliniken im Kreisgebiet beantragt worden seien, dessen Ausschüttungen jedoch durch ein Gremium aus einer deutschlandweiten Auswahl entschieden werden würden. Die Klinik in Norden sei hierbei nicht ausgewählt worden. Das geplante Umwandlungskonzept sei ferner von Experten erarbeitet und anschließend erst die Entscheidungen gefällt worden. Die Zukunft der Norder Klinik sei bereits vorhersehbar gewesen.

Ein weiterer **Einwohner aus Norden** hinterfragte bezüglich der geplanten Errichtung einer Zentralklinik, welche belastbaren Fördermittelbescheide vorliegen würden und ob es sofort abrufbare Mittel geben würde. Zudem sei eine Finanzierung des Landes Niedersachsen von höchstens 80 % geplant. Er erfragte, wer die entstehende Finanzierungslücke schließen müsste.

Landrat Meinen informierte, dass der Krankenhausplanungsausschuss im Juni 2023 einen positiven Beschluss zur Förderung der Zentralklinik im Landkreis Aurich mit Landes- und Bundesmitteln gefasst hätte. Der betroffene Fördermittelbescheid sei zum Ende 2023 zu erwarten. Zudem erklärte er, dass die Landesregierung auch mögliche Baukostensteigerungen mittragen würde. Die Kreisverwaltung Aurich habe in den Jahren 2011 bis 2021 bereits rd. 101 Mio. Euro Defizit ausgeglichen. Aufgrund des spürbaren Fachkräftemangels sei es wichtig, die vorliegenden Ressourcen zu bündeln.

Eine **Einwohnerin aus Osteel** appellierte daran, dass die Gesundheitsversorgung gewährleistet werden müsse. Auf Grund der Idee, den Rettungsdienst weiter auszubauen, sei es zudem erforderlich, dass mehr kostenintensive Rettungswagen angeschafft werden würden. Weiter würde auch hier das erforderliche Personal fehlen. Es sei zu beachten, dass nach einer Leitlinie höchstens 30 Minuten zwischen der Alarmierung eines Rettungswagens bis zur Versorgung im Krankenhaus vergehen dürften. Sie hinterfragte, wie es geplant sei, den Sicherstellungsauftrag für die Gesundheitsversorgung der Hilfebedürftigen zu gewährleisten.

Landrat Meinen verwies auf die ausführlichen Aussagen zur geplanten Veränderung des Rettungsdienstes im Betriebsausschuss Rettungsdienst.

Geschäftsführer Balster ergänzte, dass die Umwandlung des Klinikstandortes in Norden nicht primär auf Einsparmaßnahmen gerichtet sei, sondern die Verbesserung der Versorgungslage das Ziel sei.

Geschäftsführer Schäfer erläuterte die geplante Anschaffung neuer Fahrzeuge für den Rettungsdienst. Diese würden eine Lieferzeit von ca. zehn Monaten aufweisen und es seien bereits neue Fahrzeuge bestellt worden. Zudem stellte er da, dass sich die notärztliche Versorgung nach dem jeweiligen Ballungsraum richten würde und es deswegen im Kreisgebiet zwei Standorte (Aurich und Norden) geben würde. Hierbei würde die Personalversorgung aus einem Pool von derzeit 45 Ärzten/Ärztinnen erfol-

gen. Zudem seien 150 Mitarbeitende im Rettungsdienst eingesetzt zuständig, von denen rd. 80 Notfallsanitäter/innen seien.

Ein **Einwohner aus Hage** führte aus, dass die meisten Unfälle nicht unbedingt eine Angelegenheit für den Rettungsdienst seien, sondern nicht so schwerwiegende Umstände darstellen würden. Hierfür sei eine niederschwellige, kurzfristige und kompetente Versorgung vor Ort in Norden wichtig. Er fragte, wie diese Versorgung künftig gewährleistet werden solle. Ferner kritisierte er, dass die Aussage, die Notfallversorgung in Norden bleibe bis die Zentralklinik in Betrieb genommen werden könne erhalten, nicht eingehalten werden würde. Der Fachärztemangel sei künstlich herbeigeführt worden, da das Fachpersonal von dem Klinikstandort in Norden zur Klinik in Aurich versetzt worden sei.

Geschäftsführer Balster erklärte, dass die ambulante Versorgung eine Aufgabe der Kassenärztlichen Vereinigung sei. Zudem sei das vorgestellte Konzept mit der Möglichkeit einer Notaufnahme von 8:00 Uhr bis 18:00 Uhr als eine Unterstützung der ambulanten Versorgung zu sehen.

Landrat Meinen verwies darauf, dass er beim Bürgerentscheid zur Zentralklinik im Jahr 2017 noch nicht das Amt des Hauptverwaltungsbeamten bekleidet hätte. Er erklärte jedoch, dass es zu bedauern sei, das damalige Versprechen nicht halten zu können. Es sei medizinisch nicht vertretbar, die Klinik in dem derzeitigen Umfang weiterzuführen.

Weiter erläuterte **Geschäftsführer Balster**, dass er zum Beginn des Jahres 2023 die Geschäftsführung der Trägergesellschaft Kliniken Aurich-Emden-Norden mbH übernommen hätte und erst ab diesem Zeitpunkt die Situation bewerten könne. Aufgrund des Fachkräftemangels sei es in der Zeit nicht möglich, den Personalbedarf zu decken. Er hätte Erfahrungen aus 20 Jahren Tätigkeit in der Gesundheitsbranche und könne feststellen, dass der Erhalt der Norder Klinik nicht mehr möglich sei. Er betonte erneut, dass es nicht nur um wirtschaftliche Aspekte, sondern führend um die medizinische Versorgung ginge.

Landrat Meinen berichtete zudem, dass die Personalausstattung der einzelnen Häuser das operative Geschäft der Geschäftsführung betreffen würde und nicht vom Aufsichtsrat bestimmt werden würde.

Ein **Bürger aus Norden** hinterfragte, wie viele Ärzte/Ärztinnen mit welcher Qualifikation im geplanten Regionalen Gesundheitszentrum tätig sein würden sowie wie viele Patienten/Patientinnen derzeit ambulant behandelt werden würden.

Geschäftsführer Balster berichtete, dass acht Kräfte in der Zeit von 8:00 Uhr bis 18:00 Uhr eingesetzt werden würden. Von den aktuellen Patienten/Patientinnen in der Klinik in Norden würden rd. 90 % zu den genannten Zeiten die Klinik aufsuchen. Zudem würde etwa ein Drittel der Patienten stationär aufgenommen werden.

Ein weiterer **Bürger aus Norden** hinterfragte den Umstand, dass zwar über den Personalmangel geklagt werden würde, es jedoch Fachkräften nicht gestattet worden sei, sich persönlich in der Norder Klinik vorzustellen.

Diesbezüglich erklärte **Geschäftsführer Balster**, dass ihm der beschriebene Sachverhalt nicht bekannt sei. Es würden festgelegte Prozesse zur Personalgewinnung vorlie-



gen. Man würde es begrüßen, wenn die derzeitigen Mitarbeiter/innen in der Norder Klinik sich vorstellen könnten, in der Klinik in Aurich ihrer Tätigkeit nachzugehen.

Ein **Bürger aus Dornum** fragte, ob der öffentliche Personennahverkehr auf Grund der Veränderungen der Verkehrsflüsse angepasst werden würde. Zudem fragte er an, ob weitere Informationsveranstaltungen in anderen Teilen der Region geplant seien. Ferner erfragte er den Umgang mit einer möglichen Großschadenslage.

Landrat Meinen führte aus, dass eine Informationsveranstaltung zur Umwandlung des Standortes der Ubbo-Emmius-Klinik in Norden für den 06.07.2023 in den Räumlichkeiten der Oberschule Norden geplant und hierzu herzlich eingeladen sei. Danach werde beurteilt, ob weiterer Bedarf an Informationen vorhanden sei.

Kreisrat Smolinski stellte dar, dass der Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs in Dornum für das Jahr 2025 geplant sei.

Hinsichtlich des Umgangs mit einer Großschadensmeldung im Bereich der Klinik Norden teilte **Geschäftsführer Schäfer** mit, dass dies regelmäßig z.B. durch Verkehrsunfälle vorkommen würde. Hierfür sei der Rettungsdienst gut aufgestellt und für den Einzelfall gerüstet.

TOP 10

Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 13.06.2023;
Erhaltung des UEK-Standortes Norden, wie im Konsortialvertrag
festgelegt
Vorlage: X-AF/2023/024

Abg. Ott erläuterte den Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen.

Abg. Albers erklärte, dass sie die Errichtung der Zentralklinik grundsätzlich befürworte, den Umgang mit der bestehenden Norder Klinik jedoch auf das Schärfste kritisieren würde. Das Versprechen aus der Vergangenheit, die Bestandsklinik bis zur Inbetriebnahme der Zentralklinik weiter zu betreiben, sei gebrochen worden. Sie berichtete, dass Fachkräfte oftmals durch private Personalunternehmen abgeworben und diese dann durch die Klinikleitung über Verträge mit den Unternehmen beschäftigt worden seien. Die Zukunft der vorhandenen Mitarbeiter/innen des Krankenhauses in Norden sei ungewiss und würde nicht transparent durch die Verantwortlichen gespiegelt werden. Für einen finalen Beschluss des Kreistages zur Umwandlung der Klinik in ein Regionales Gesundheitszentrum sei es erforderlich, dass ein aussagekräftiger und belastbarer Plan vorliegen würde.

Abg. J. Kleen bestätigte, dass der Norder Bevölkerung vor dem Bürgerentscheid 2017 etwas Anderes versprochen worden sei, als es nun der Realität entsprechen würde. Dies sei jedoch durch die veränderten Umstände auf Grund vorliegender Fakten, wie beispielsweise geringer Belegungszahlen und den erheblichen Fachkräftemangel, nicht anders möglich. Es sei nicht richtig, die Augen vor der Realität zu verschließen, die Vergangenheit anhaltend zu thematisieren und falsche Aussagen zu treffen. Zudem würden alte Verträge wie der Gebietsänderungsvertrag oftmals mit der Zeit von der Wirklichkeit überholt werden, da bei Abschluss die Veränderungen über die Jahre nicht bekannt seien.



Hinsichtlich des Rettungsdienstes beschrieb **Abg. J. Kleen**, dass die vorgegebenen Höchstzeiten zwischen der Alarmierung und der Versorgung im Krankenhaus eingehalten werden würden. Weiter sei es, wie bereits beschrieben, geplant, die Anzahl der Rettungswagen zu erhöhen. Die Umwandlung der Norder Klinik in ein Regionales Gesundheitszentrum würde in enger Abstimmung mit dem Rettungsdienst erfolgen.

Abg. J. Kleen erklärte weiter, dass die Forderungen, die aus dem zur Diskussion stehenden Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen hervorgehen würden, nicht umsetzbar seien. Eine Weiterführung der bestehenden Klinik in Norden sei medizinisch nicht tragbar und auch eine 24-Stunden-Notfallversorgung sei nicht möglich. Es sei nunmehr wichtig, die geplanten Veränderungen ausführlich zu erarbeiten. Ferner wäre es wichtig gewesen, die Öffentlichkeit frühzeitig über die Pläne in Kenntnis zu setzen.

Abg. Behrens erklärte, dass es seit Wochen in Norden kein anderes Thema als die geplante Umwandlung der Klinik geben würde. Hierbei würde sich herausstellen, dass viele Bürger/innen Angst vor der Veränderung hätten. Jedoch seien neben berechtigten Fragen und Anmerkungen aus der Bevölkerung auch immer wieder Unwahrheiten speziell über die Sozialen Medien verbreitet worden. Hierbei seien vermehrt Fakten von Akteuren falsch dargestellt worden, um bewusst eine negative Stimmung zu den Plänen herbeizuführen.

Weiter stellte **Abg. Behrens** dar, dass sich der Auricher Kreistag inhaltlich intensiv mit der Situation auseinandergesetzt und speziell die künftige Versorgung der Patienten/Patientinnen diskutiert hätte. Die nunmehr geplante Informationsveranstaltung sei zu begrüßen, sie sei jedoch zu spät umgesetzt worden. Es sei nie politisches Ziel gewesen, die Klinik in Norden zu schließen, bevor die geplante Zentralklinik in Betrieb genommen werde. Die Tatsachen seien jedoch nicht zu verändern und es würde Handlungsbedarf bestehen. Er widersprach klar den Behauptungen, die Norder Klinik sei in der Vergangenheit vorsätzlich schlecht behandelt worden, um eine Schließung zu erwirken. Insbesondere der Fachkräftemangel sei derzeit so erheblich, dass die Bevölkerung in kritischen medizinischen Situationen nicht mehr in der Klinik behandelt werden könnte. Es würde stets die medizinische Versorgung im Vordergrund stehen, finanzielle Aspekte wie das jährliche Defizit seien nur zusätzliche Punkte, die für eine Umwandlung sprechen würden.

Abg. Seelgen begrüßte grundsätzlich den vorliegenden Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen. Ihr sei die Zustimmung jedoch nicht leichtgefallen. Die derzeitige Situation in Norden sei langfristig entstanden und sie hinterfragte, wie lange von den Verantwortlichen bereits zugesehen worden sei. Die Versäumnisse dürften nicht einfach hingegenommen und müssten korrigiert werden. Die geplante Umwandlung würde nur den Weg des geringsten Widerstandes darstellen und sei keine geeignete Lösung.

Abg. Krüger bewertete die Transparenz der Verantwortlichen als mangelhaft. Hierdurch habe man die Gründung eines Aktionsbündnisses befeuert. Wie bereits bei der Planung der Zentralklinik, würden auch dieses Mal die Erklärungen für die Öffentlichkeit fehlen. Hierbei sei aus Fehlern der Vergangenheit nicht gelernt worden. Zudem sei das Versprechen aus dem Bürgerentscheid 2017 zum Erhalt der Bestandsklinik in Norden bis zur Inbetriebnahme der Zentralklinik nicht gehalten worden. Er sprach sich gegen diese Entwicklung aus.

Zudem stellte **Abg. Krüger** dar, dass die Kontrolle der Geschenisse durch den Aufsichtsrat und die Geschäftsversammlung der Trägergesellschaft Kliniken Aurich-



Emden-Norden mbH erfolgen würde. Es seien nicht alle Fraktionen und Gruppen des Auricher Kreistages in den Gremien vertreten und folglich wurden diese nicht an der Entscheidungsfindung beteiligt. Er forderte den Rücktritt der bestehenden Gremienmitglieder, um anschließend ein Gremium zu bilden, in dem alle Fraktionen und Gruppen vertreten seien.

Abschließend berichtete **Abg. Krüger**, dass innerhalb der Fraktion Freie Wählergemeinschaft im Landkreis Aurich unterschiedliche Auffassungen zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vorliegen würden und deswegen jedes Mitglied für sich hinsichtlich seines Abstimmungsverhaltens entscheiden würde.

Abg. J. Saathoff erklärte, dass die Kommunikation bezüglich der Entscheidung zur Umwandlung der Norder Klinik in ein Regionales Gesundheitszentrum katastrophal verlaufen sei und dies verbessert werden müsste. Besonders die kurzfristige Absage und erst zu einem späteren Zeitpunkt neudatierte Informationsveranstaltung für die Bevölkerung sei hierbei zu kritisieren.

Von Seiten der Bevölkerung sei viel konstruktive Kritik und nachvollziehbare Fragen geäußert worden. Hierbei seien viele Sorgen hinsichtlich des zukünftigen Einsatzes des Rettungsdienstes publik gemacht worden. Jedoch erfolgten zudem Bedrohungen und falsche Aussagen. Die Kreisverwaltung hätte mit der Erstellung einer Internetseite die Möglichkeit zur Einreichung von Fragen geboten, diese wurde jedoch nur sehr gering genutzt.

Hinsichtlich des vorliegenden Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen führte **Abg. J. Saathoff** aus, dass die geforderten Punkte nicht weiterführend seien. Die Gründe zur geplanten Umwandlung der Klinik in Norden, wie beispielsweise der Fachkräftemangel und die geringen Belegungszahlen, seien bekannt und belegbar und würden sich bei positiver Beschlussfassung nicht verändern. Zudem sprach er sich gegen die Behauptungen aus, die Norder Klinik sei in der Vergangenheit vorsätzlich schlecht behandelt worden, um eine Schließung zu erwirken. Es sei nunmehr wichtig, einen richtigen Umgang mit den Mitarbeitenden der Norder Klinik zu finden und das neue Regionale Gesundheitszentrum gemeinsam gut aufzubauen.

Abg. Ott ergänzte hinsichtlich seiner bereits gefassten Erläuterung des Antrages, dass mit dem heutigen Beschluss bewiesen werden könnte, ob das im Zusammenhang mit dem Bürgerentscheid getätigte Versprechen zum Erhalt der Klinik in Norden bis zur Fertigstellung der Zentralklinik gehalten werden könnte oder nicht. Weiter würde keine Transparenz durch die Trägergesellschaft Kliniken Aurich-Emden-Norden mbH umgesetzt werden. Er gab an, dass er nicht davon ausgehen, dass es einen geheimen Plan zur Schließung der Norder Klinik gegeben hätte, es sei jedoch sicherlich nach dem Bürgerentscheid 2017 bereits ersichtlich gewesen, dass nur die Bestandkliniken in Aurich und Emden erhalten werden könnten.

Abg. Weiss erläuterte, dass das bereits genannte Versprechen an die Bevölkerung und folglich auch die vertraglichen Bestimmungen zur Gebietsreform nicht eingehalten worden seien. Die Auricher Kreistagsmitglieder seien zudem erst, als diese Entscheidung bereits getroffen wurde, im Rahmen einer Klausurtagung hinsichtlich der geplanten Vorgehensweise informiert worden. Er kritisierte die fehlerhafte Kommunikation.

Daraufhin legte **Landrat Meinen** dar, dass er die Tatsache, dass ein Versprechen gebrochen werden müsse, bedauern würde. Nicht nur in Niedersachsen unterliege die



Krankenhauslandschaft einer wesentlichen Strukturveränderung. Das zum Beginn des Jahres 2023 in Kraft getretene niedersächsische Krankenhausgesetz würde jedoch auch eine Chance bieten. Niedersachsen sei hierdurch eines der ersten Bundesländer mit einem gesetzlichen Rahmen zu der Thematik. Die bereits seit 2013 erfolgten Planungen zur Errichtung einer Zentralklinik seien besonders aus medizinischen Gründen richtig gewesen.

Landrat Meinen erklärte weiter, dass er sich der geäußerten Kritik stelle. Er begrüße den Umstand, dass Geschäftsführer Balster zum Jahresbeginn seine Arbeit aufgenommen hätte und dankte ihm für die kurzfristige Konzeptausarbeitung. Dieses Konzept sei ohne Alternative. Der Interessensausgleich mit den Mitarbeitenden sei wichtig.

Abg. Meyerholz berichtete, dass er im Oktober 2013 von der Stadt Emden eingeladen worden und damals die Sicherstellung der Norder Klinik nicht ausschlaggebend für die Errichtung der Zentralklinik gewesen sei. Seinerzeit seien finanzielle Aspekte als Gründe dargestellt worden.

Abschließend stellte **Abg. Wittmer-Kruse** richtig, dass es nicht angedacht sei, die Vergangenheit aufzurollen oder die Errichtung der Zentralklinik zu verhindern, sondern den Bestand der Klinik in Norden zu erhalten sowie zu verbessern, bis die Zentralklinik betriebsbereit sei.

Sodann fasste der Kreistag folgenden Beschluss:

Beschluss:

Der Standort Norden der UEK wird, wie im Konsortialvertrag festgelegt, bis zu Inbetriebnahme der Zentralklinik in Uthwerdum erhalten. Die Umwandlung in ein RGZ wird nicht durchgeführt. Stattdessen wird die Notfallversorgung in vollem Umfang aufrechterhalten bzw. wieder hergestellt.

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 12 Nein-Stimmen: 38 Enthaltungen: 2
➔ **mehrheitlich abgelehnt**

TOP 11 **Einwohnerfragestunde zum Thema Apell Erforschung des Post-Vac-Syndroms**

Eine **Einwohnerin aus Aurich** berichtete, dass sie seit einer Corona-Schutzimpfung nur noch eingeschränkt leben könnte. Es sei ihr beispielsweise nicht möglich, die Schule zu besuchen oder mit dem Fahrrad zu fahren. Ihre Eltern würden sie wöchentlich zur Behandlung zu dem Allgemeinmediziner Julien Dufayet aus Bremen begleiten, der in einer Praxis in Wiesmoor eine Sprechstunde anbieten würde. Sie hinterfragte, ob es in der Zwischenzeit zu einem Austausch zwischen den ansässigen Mediznern/Medizinerinnen gekommen sei und wie die Betroffenen die Behandlungsmethoden nutzen könnten, wenn sie nicht in der Lage seien, diese eigenständig zu erreichen.

Erster Kreisrat Dr. Puchert erklärte, dass während der Arbeit des eigens für den Umgang mit dem Post-Vac-Syndrom gegründeten Arbeitskreises oftmals ähnliche Prob-



leme von Betroffenen geschilderte worden seien. Die Frage nach Hilfe und Unterstützung an den Auricher Kreistag sei nachvollziehbar, es sei jedoch schwierig, eine eindeutige Antwort zu finden. Das grundlegende Problem sei hierbei, dass die gesamte Gesellschaft noch keinen richtigen Weg zur Behandlung des Post-Vac-Syndroms gefunden hätte und es deshalb keinen richtigen Umgang damit geben würde.

Eine weitere **Einwohnerin aus Aurich** und gleichzeitig die Mutter der ersten Fragestellerin informierte über die alltäglichen Probleme, die mit der Erkrankung ihrer Tochter einhergehen würden. Zudem erfragte sie, ob neben dem genannten Allgemeinmediziner aus Bremen weitere Mediziner/innen im Kreisgebiet bekannt seien, die sich mit der Behandlung des Post-Vac-Syndroms auseinandersetzen würden.

Eine **Einwohnerin aus Wiesmoor** erklärte, dass sie am vergangenen Freitag an der Sitzung des Arbeitskreises teilgenommen hätte und sich für die Möglichkeit bedanken würde. Es sei richtig, durch den geplanten Appell an die Bundesregierung und das Land Niedersachsen ein Signal zu senden. Weiter stellte sie dar, dass es den Betroffenen auf Grund der Einschränkungen nicht möglich sei, wie geplant eine Selbsthilfegruppe eigenständig auszubauen. Sie fragte an, ob die Organisation durch eine externe, nicht erkrankte Person übernommen werden könnte. Zudem brachte sie an, dass das Thema durch den Appell für den Kreistag nicht als beendet angesehen werden sollte. Es sei Aufgabe des Arbeitskreises gewesen, geeignete Maßnahmen zu entwickeln.

Diesbezüglich legte **Erster Kreisrat Dr. Puchert** dar, dass ihn diese Darstellung irritieren würde, da im Zuge der genannten Arbeitskreissitzung Einigkeit über das geplante Vorgehen bestanden hätte. Dabei hätten die Betroffenen Ideen eingebacht und im Arbeitskreis sei ein Ergebnis erarbeitet worden. Dieses sei daraufhin im Ausschuss für Gesundheit und Pflege vorgestellt worden. Wie bereits beschrieben, sei die gesamte Gesellschaft mit dem Phänomen überfordert und keiner hätte bislang eine Lösung gefunden. Grundsätzlich sei der Aurich Kreistag bzw. die Kreisverwaltung nicht zuständig, hätte jedoch aus Empathie zu den Erkrankten sich das Thema angenommen und versuche im Rahmen der Möglichkeiten zu helfen.

TOP 12 **Appell an die Bundesregierung und an das Land Niedersachsen**
Vorlage: X/2023/076

Abg. Kleinert berichtete von der Arbeit des Arbeitskreises innerhalb der vier erfolgten Sitzungen und den erzielten Ergebnissen. In diesem Zusammenhang bedankte sie sich bei allen Beteiligten. Insgesamt sei es gelungen, sich einen Überblick über die möglichen Anlaufstellen für Betroffene zu verschaffen. Zudem seien die zuständigen Institutionen für das Thema sensibilisiert worden. Die weitere Erforschung des Post-Vac-Syndroms durch übergeordnete Gremien sei unabdingbar. Im Ergebnis sei der vorliegende Appell erarbeitet worden. Die geplante Vorgehensweise wurde hierbei mit den Betroffenen besprochen. Es sei hierbei einvernehmlich festgelegt worden, dass die Betroffenen eine Selbsthilfegruppe gründen würden und die Kreisverwaltung dies unterstützen würde. Es sei nicht angedacht, dass die Organisation grundsätzlich durch die Verwaltung erfolge, da diese die Thematik nicht näher kennen würde. Daneben sei es durch die Betroffenen angedacht, einen Wegweiser über allgemeine Informationen zum Thema Post-Vac-Syndrom zu erarbeiten. Diese Arbeit würde ebenfalls durch die Kreisverwaltung unterstützt werden.



Abg. Bargmann sprach im Namen aller Kreistagsabgeordneten seine Betroffenheit aus. Es sei jedoch wichtig realistisch zu sein und nur Versprechen zu leisten, die eingehalten werden könnten. Alle Mitglieder des Arbeitskreises hätten sich sehr intensiv mit dem Thema befasst und vorzeigbare Ergebnisse erstellt. Die geplante Selbsthilfegruppe könne zwar letztlich nicht durch die Kreisverwaltung gegründet werden, diese würde jedoch vermittelnd zur Seite stehen. Durch den erarbeiteten Appell könne ein klares Signal entsandt werden. Zudem hätte sich bislang kein anderer Landkreis so intensiv mit dem Post-Vac-Syndrom befasst.

Abg. Albers bestätigte dies. Die Gründung des Arbeitskreises und die in diesem Zusammenhang erarbeiteten Ergebnisse seien ein gutes Zeichen für die Betroffenen.

Abg. Krüger erklärte, dass es viele Berichte von Erkrankten an dem Post-Vac-Syndrom gegeben und ihm dies den Anstoß gegeben hätte, sich intensiv mit dem Thema zu befassen. Er stünde in einem regelmäßigen Kontakt mit Betroffenen. Zudem begrüße er die Anlaufstelle des Bremer Allgemeinmediziners in Wiesmoor. Es sei nicht richtig, dass die Erkrankten alles in Eigenregie erarbeiten müssten. Die Corona-Schutzimpfungen seien seinerzeit verstärkt beworben worden, jedoch seien Komplikationen nicht beachtet worden. Im Rahmen der Arbeit im Arbeitskreis seien Zuständigkeiten geklärt worden, die keine Versorgungslücken nachweisen würden. Jedoch sei weitere Hilfebedürftigkeit erkennbar. Der Ansatz des zum Beschluss liegenden Appells an die Bundesregierung und das Land Niedersachsen sei richtig, er wünsche sich jedoch eine weitere intensive Auseinandersetzung mit dem Thema auf Kreisebene.

Sodann passte der Kreistag folgenden Beschluss:

Beschluss:

Der Kreistag des Landkreises Aurich appelliert an die Bundesregierung und an das Land Niedersachsen, die Erforschung des Post-Vac-Syndroms zu intensivieren, stärker zu fördern und die Bevölkerung über die Ergebnisse zu informieren.

Außerdem wird die Initiative der Betroffenen, eine Selbsthilfegruppe aufzubauen und einen Wegweiser über allgemeine Informationen zum Thema Post-Vac-Syndrom zu erarbeiten, unterstützt.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 44 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 13 Einwohnerfragestunde zum Thema Wolf

Es lag keine Wortmeldung vor.

TOP 14 Gemeinsame Resolution zum Thema Wolf

Abg. Wittmer-Kruse erläuterte, dass dies ein emotionales Thema sei und es wichtig wäre, dies sachlich zu diskutieren. Hierbei seien auch die rechtlichen Rahmenbedin-



gungen und Verwaltungsregeln anzupassen bzw. zu gestalten. Themen wie beispielsweise die Populationsregulierung oder ein detailliertes Monitoring seien unter Beachtung der regionalen Besonderheiten der küstengeprägten Landschaft voranzutreiben. Die vorliegende Resolution sei in Zusammenarbeit zwischen der Kreisverwaltung sowie den Fraktionen und Gruppen auf Grund der Unsicherheit in der Bevölkerung entstanden. Es sei jedoch zu beachten, dass die Einstufung der Schutzwürdigkeit des Wolfes auf Grundlage von Einschätzungen fachlicher Experten und wissenschaftlicher Fakten zu erfolgen hätte.

Weiter berichtete **Abg. Wittmer-Kruse**, dass die Kreistagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen die in der Resolution thematisierte Dringlichkeit der Angelegenheit befürworten würde, die Vorgehensweise jedoch von jedem Mitglied unterschiedlich bewertet werden würde. Dies habe auch Auswirkungen auf das Abstimmungsverhalten.

Anschließend kritisierte **Abg. Wittmer-Kruse** die vorangegangenen Demonstrationen gegen den Wolf, die auch in Aurich stattfanden. Hierbei habe es u.a. unsachliche, gefährliche sowie fremdenfeindliche Äußerungen in den Beiträgen gegeben. Personen mit anderen Meinungen als die der Organisatoren der Demonstrationen würden oftmals schlecht dargestellt und abgetan werden. Er verwies diesbezüglich auf Vortragende, die das eigentliche Thema lediglich als Transportmittel nutzen würden, um fremdenfeindliche und undemokratische Äußerungen zu tätigen.

Abg. Jelken erklärte, dass bereits in der letzten Sitzung des Ausschusses für Raumordnung, Umwelt und Klimaschutz die Wolfsentwicklung im Rahmen eines Berichtes vorgestellt worden sei. Ein vollkommener Wolfsschutz von Nutztieren sei nicht möglich und die Wolfspopulation sei hierdurch kontinuierlich angestiegen. In der Bevölkerung würden diesbezüglich Ängste geschürt. Angriffe auf Menschen seien hierbei unwahrscheinlich, jedoch nicht unmöglich. Diese seien oftmals beispielsweise auf Erkrankungen der Tiere oder auf den Schutz des Nachwuchses zurückzuführen. Derzeit sei ein Wolfsrudel in Friedeburg an der Kreisgrenze gesichtet worden. Es sei erstrebenswert, die Einstufung des Wolfes von einer streng geschützten auf eine geschützte Art zu ändern, um einen größeren Handlungsspielraum zu schaffen. Grundsätzlich sei festzuhalten, dass der Wolf nicht vom Aussterben bedroht sei. Innerhalb einer Arbeitsgruppe sei eine gelungene gemeinsame Resolution aller Fraktionen und Gruppen erarbeitet worden.

Daraufhin präsentierte **Abg. Weiss** eine Teetasse aus dem Jahr 1800 und berichtete, dass diese zuletzt genutzt worden sei, als es in Ostfriesland den letzten bekannten Wolf gegeben hätte. Dies sei inzwischen über 200 Jahre her. Die erarbeitete Resolution sei in ihrer Aussage bereits von anderen Landkreisen verabschiedet worden.

Abg. Kleen erläuterte, dass das Thema bereits ein großes Ausmaß angenommen hätte. Es seien sachliche und nichtsachliche Berichte erstellt worden. Zudem sei die Zuständigkeit nicht klar geregelt. Eine bundesweite Lösung sei erforderlich und die vorliegende Resolution würde dahingehend das richtige Signal senden.

Sodann fasste der Kreistag folgenden Beschluss:

Die gemeinsame Resolution zum Thema Wolf wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 31 Nein-Stimmen: 2 Enthaltungen: 3
 ➔ **mehrheitlich beschlossen**



TOP 14.1 **Resolution der Fraktion Sozialdemokratische Partei Deutschlands vom 14.04.2023; Resolution Wolf**
Vorlage: X-AF/2023/021

sh. Tagesordnungspunkt 14

TOP 14.2 **Antrag der Fraktion FW im Landkreis Aurich vom 13.04.2023; Welche Wolfsstrategie verfolgt der Landkreis Aurich?**
Vorlage: X-AF/2023/020

sh. Tagesordnungspunkt 14

TOP 15 **Honorarrichtlinien der KVHS Aurich-Norden**
Vorlage: X/2023/062

Beschluss:

Die neue Honorarrichtlinien für Dozent/innentätigkeiten des Eigenbetriebes „KVHS Aurich-Norden“ mit Wirkung zum 01.02.2024 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 36 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 16 **Jahresabschluss 2021 des Eigenbetriebes Kreisvolkshochschulen Aurich-Norden**
Vorlage: X/2023/061

Beschluss:

Der Jahresabschluss 2021 der Kreisvolkshochschulen Aurich-Norden wird festgestellt. Die Bilanz zum 31.12.2021 schließt auf der Aktivseite und Passivseite mit 18.595.123,30 € ausgeglichen ab. Die Gewinn- und Verlustrechnung schließt mit einem Bilanzverlust in Höhe von 84.698,40 € ab.

Dem Landrat und der Betriebsleitung wird gemäß § 35 Eigenbetriebsverordnung für die Kreisvolkshochschulen Aurich-Norden für das Jahr 2021 Entlastung erteilt.

Der Bilanzverlust in Höhe von 84.698,40 € wird in Höhe von 80.000,-- € den Rücklagen entnommen und in Höhe von 4.698,40 € auf neue Rechnung vorgetragen.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 36 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
➔ **einstimmig beschlossen**



TOP 17 **Ergänzung des Nahverkehrsplanes 2020**
Vorlage: X/2023/072

Beschluss:

Der Ergänzung des Nahverkehrsplanes 2018 – Novellierung 2020 – wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 36 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0

➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 18 **Übertragung der Aufgaben nach dem Hinweisgeberschutzgesetz**
auf das Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Aurich
Vorlage: X/2023/078

Beschluss:

Die Aufgaben nach dem Hinweisgeberschutzgesetz werden mit Wirkung vom 02.07.2023 auf das Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Aurich übertragen.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 35 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 1

➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 19 **Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 06.03.2023; An-**
trag zur thematischen Erweiterung des Ausschusses für Wirt-
schaft, Tourismus und ÖPNV um das Thema Katastrophenschutz
Vorlage: X-AF/2023/009

Landrat Meinen erklärte, dass der Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und ÖPNV sowie der Kreisausschuss den Antrag in den Betriebsausschuss Rettungsdienst verwiesen hätten und folglich dieser bei einem zustimmenden Beschluss um das Thema Katastrophenschutz erweitert werden würde.

Sodann fasste der Kreistag folgenden Beschluss:

Beschluss:

Der Betriebsausschuss Rettungsdienst wird um das Thema Katastrophenschutz erweitert.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 35 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 1

➔ **einstimmig beschlossen**



TOP 20 **Antrag der Fraktion Freie Wählergemeinschaft vom 15.03.2023; Solidarität mit unseren Krabbenfischern - Gemeinsame Resolution**
Vorlage: X-AF/2023/016

Beschluss:

Die gemeinsame Resolution zur Solidarität und Unterstützung der Küstenfischerei wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 36 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0

➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 21 **Antrag der Fraktion Freie Wählergemeinschaft Landkreis Aurich vom 21.03.2023; Dokumentenkamera zur Visualisierung - Steigerung der Teilhabe benachteiligter Menschen**
Vorlage: X-AF/2023/017

Beschluss:

Dokumentenkameras werden bei Sitzungen des Kreistages, der Ausschüsse und weiteren Kreisgremien genutzt.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 36 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0

➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 22 **Antrag der CDU/FDP-Kreistagsgruppe vom 25.05.2023; Linienbündel Ihlow ab 2024 eigenwirtschaftlich nutzen**
Vorlage: X-AF/2023/022

Abg. Tjaden erläuterte den Antrag der CDU/FDP-Kreistagsgruppe.

Abg. Ott stellte dar, dass die eigenwirtschaftliche Nutzung des Linienbündels Ihlow eine Insellösung darstellen würde und dies nicht zu befürworten sei. Eine öffentliche Ausschreibung würde eine faire Beteiligung aller Anbieter bewirken. Eine Bevorzugung einzelner Unternehmen sei nicht akzeptabel.

Abg. Seelgen führte aus, dass der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) ein Teil der Daseinsvorsorge darstellen würde. Ein Antrag der SPD-Kreistagsfraktion aus September 2019, der u.a. zum Inhalt hatte, dass die seinerzeit gültige Grundlage zur Erbringung des ÖPNV im Landkreis nach der Maßgabe des eigenwirtschaftlichen Verkehrs beendet und der Verkehr unter der Beachtung der vergaberechtlichen Grundlagen im Rahmen einer Direktvergabe an die Kreisbahn Aurich GmbH vergeben werden würde, sei nicht umsetzbar gewesen, da die Machtverhältnisse innerhalb der Kreisbahn Aurich GmbH unverhältnismäßig gewesen seien. Sie befürchte, dass die Möglichkeit der

Überführung des ÖPNV in den Zuständigkeitsbereich der Gemeinden verbaut werden könnte.

Abg. Buss erklärte, dass der vorliegende Antrag einen Antrag aus der letzten Wahlperiode des Kreistages unterstützen würde. Inhaltlich würde es um die Fertigung einer zustimmende Stellungnahme zum Antrag der ansässigen Busunternehmen Edzards und Andreessen bei der Landesnahverkehrsgesellschaft (LNVG) gehen. Einen direkten Einfluss auf die Entscheidung würde der Kreistag Aurich hierdurch nicht haben, die die LNVG die entscheidende Instanz sei. Es würde folglich nicht über eine Insellösung oder Bevorzugung, sondern über eine Unterstützung der Unternehmen diskutiert werden. Weiter erläuterte sie die Ergänzung zum Antrag, die innerhalb der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und ÖPNV erfolgte.

Sodann fasste der Kreistag folgenden Beschluss zum ursprünglichen Antrag:

Der Landkreis Aurich befürwortet gegenüber der Landesnahverkehrsgesellschaft (LNVG) den Antrag der heimischen Busunternehmen Edzards und Andreessen, das Linienbündel Ihlow ab 2024 eigenwirtschaftlich zu bedienen.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 29 Nein-Stimmen: 6 Enthaltungen: 0
➔ **mehrheitlich beschlossen**

Anschließend fasst der Kreistag folgenden Beschluss zur Ergänzung des Antrages:

Es wird eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die sich intensiv mit dem zu findenden Ausschreibungstext für die Vergabe der Konzessionen im ÖPNV im Kreisgebiet auseinandersetzt.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 34 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 1
➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 23 **Bekanntgabe von Eilentscheidungen im Kreistag am 28.06.2023**
Vorlage: X-Eil/2023/005

Die Eilentscheidung wird zur Kenntnis genommen.

TOP 24 **Bericht des Landrates**

Es lag kein Bericht vor.

TOP 25 **Verschiedenes, Wünsche und Anregungen**

Es lag keine Wortmeldung vor.



TOP 26 **Einwohnerfragestunde**

Ein **Einwohner aus Dornum** kritisierte den in seinen Augen späten Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) in Dornum im Jahr 2025 (sh. Tagendordnungspunkt 9).

TOP 27 **Schließung der öffentlichen Sitzung**

Vorsitzender Behrends schloss um 19:10 Uhr die öffentliche Sitzung.

gez. Meinen
Landrat

gez. Behrends
Vorsitzender

gez. Wessels
Protokollführerin